
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche Sitzung** des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 12. Oktober 2009**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Großer Sitzungssaal.

Hinweis:

Der Sozialausschuss tagte gemeinsam mit dem Kreisjugendhilfeausschuss. In dieser Niederschrift werden nur die Tagesordnungspunkte des SOZIALAUSSCHUSSES protokolliert; über die Tagesordnungspunkte des Kreisjugendhilfeausschusses wird eine separate Niederschrift angefertigt.

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 15:40 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Verabschiedung der ausscheidenden beratenden Mitglieder	387/2009
2.	Verpflichtung der beratenden Mitglieder	388/2009
3.	Stellvertretungen im Ausschussvorsitz; Wahl eines 1. und 2. Stellvertreters	385/2009
4.	Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII - Berichtszeitraum 2007-2008	339/2009
5.	Einrichtung einer Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen	366/2009
6.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	

Anwesend:

Hämmerle, Frank, Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder

Boldt, Claus

Brennenstuhl, Heinz

Demmler, Kurt (als Vertreter für den entschuldigten **Moser, Franz**)

Fezer, Isabel

Friedrich, Peter (MdB)

Goten, van der, Michael, Dr.

Hahn, Max, Dr.

Happle-Lung, Ines

Herberger, Veronika

Hettesheimer, Klaus

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas, MdL

Kammerer, Barbara

Keck, Jürgen

Kessler, Peter

Netzhammer, Veronika (MdL)

Özdemir, Zekine

Sargk, Susanne

Beratende Mitglieder

Gerspacher, Rudolf

Grams, Christian

Neidig, Werner

(14:45 – 15:40 Uhr)

Entschuldigte

Moser, Franz

Auf besondere Einladung nehmen teil (Sachkundige/Mitglieder des Kreisjugendhilfe-
ausschusses):

Fitz, Anita

Grieshop-Gestefeld, Johanna, Dr.

Kraft, Walter

Lienert, Günter

Milles, Johannes

Ortolf, Frank

Petschkuhn, Erich

Pfeffer, Heidi

Von der Verwaltung nehmen teil:

Restle, Berthold

Seefried, Gabriele

Goßner, Axel

Schönbucher, Cornelia

Senne, Sabine

Singer, Rüdiger

Roth, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung der beiden Ausschüsse und begrüßt die Mitglieder sowie die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Verabschiedung der ausscheidenden beratenden Mitglieder

Der **Vorsitzende** führt die Mitglieder der beiden Ausschüsse in ihr Amt ein; er gibt vorab einen Überblick über die Tätigkeitsbereiche der genannten Gremien und geht auf das in den vergangenen Amtszeiten Erreichte ein. Darüber hinaus skizziert er die kommenden Aufgaben.

Er teilt mit, dass TOP 1 – 3 beide Ausschüsse angehe, sodass er diese gemeinsam aufrufen werde.

Der **Vorsitzende** verabschiedet Herrn Lothar **Fischer**, den bisherigen Vertreter des Schulamtes im Ausschuss und überreicht ihm ein Buch „Daheim in Landkreis“.

Weitere Mitglieder der beiden Ausschüsse, die zur Verabschiedung eingeladen worden sind, haben sich entschuldigt oder sind nicht anwesend.

Beschluss

Entfällt; von den ausgeschiedenen beratenden Mitgliedern des Sozialausschusses war niemand anwesend.

2. Verpflichtung der beratenden Mitglieder

Beschluss:

Entfällt.

Der **Vorsitzende** verpflichtet die beratenden Mitglieder des Sozialausschusses und des Kreisjugendhilfeausschusses.

Für die beratenden Mitglieder des Sozialausschusses spricht Herr **Gerspacher** (Kreis-seniorenrat), für den Kreisjugendhilfeausschuss Herr **Milles** (Staatliches Schulamt) die Verpflichtungsformel.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass damit die beratenden Mitglieder förmlich verpflichtet seien.

3. Stellvertretungen im Ausschussvorsitz:

Wahl eines 1. und 2. Stellvertreters

Beschluss 1 (einstimmig, 2 Enthaltungen):

- 1. Die stimmberechtigten Mitglieder des Sozialausschusses wählen die Stellvertreter entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen der CDU (Kreisrat HOFFMANN/MdL) und der FDP (Kreisrat KECK).**
- 2. Der Reihenfolge im Ausschussvorsitz (CDU 1. Stellvertreter, FDP 2. Stellvertreter) wird zugestimmt.**

Hinweis:

Die Kreisräte **Hoffmann** (MdL) und **Keck** enthalten sich der Stimme.

Beschluss 2 (einstimmig, 2 Enthaltungen):

1. Die stimmberechtigten Mitglieder des Kreisjugendhilfeausschusses wählen die Stellvertreter entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen der CDU (Kreisrat HOFFMANN/MdL) und der FWV (Kreisrat KESSLER).
2. Der Reihenfolge im Ausschussvorsitz (CDU 1. Stellvertreter, FWV 2. Stellvertreter) wird zugestimmt.

Hinweis:

Die Kreisräte **Hoffmann** (MdL) und **Kessler** enthalten sich der Stimme.

4. **Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII - Berichtszeitraum 2007-2008**

Kreisrat **Hoffmann** (MdL) bedankt sich für die Wahl zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden im Ausschussvorsitz der beiden Ausschüsse.

Neben den bereits genannten Themen werden sich die beiden Gremien aus seiner Sicht insbesondere mit folgenden Angelegenheiten befassen müssen:

- Erstellung eines Altenhilfeplans
- Schaffung präventiver Angebote für Wohnsitzlose
- Mitwirkung im Babyforum
- Tagesmütter/Abstimmung und Berücksichtigung in den kommunalen Bedarfsplänen der Region
- Konsequente Fortsetzung der Sozialraumorientierung
- Alkoholprävention.

Der Bericht biete eine sehr gute Grundlage; allerdings bitte er darum, in künftigen Berichten durchgängig auch die Daten des Vorjahres mit aufzuführen. Darüber hinaus sollten auch Vergleichsdaten anderer Landkreise/des Landes aufgeführt werden (Stichwort: „Wir leisten eine gute Arbeit und brauchen uns nicht zu verstecken“). Das Handeln nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ sei richtig und habe sich bewährt.

Darüber hinaus müsse man verstärkt Angebote schaffen, dass künftig kein behindertes Kind mehr außerhalb des Landkreises untergebracht werden müsse. Dazu gehöre z. B., dass man entsprechende Betreuungs- und Beschulungsangebote einrichte.

Im Interesse einer wirkungsvollen Prävention appelliere er an die Städte und Gemeinden, schon in den Kindergärten und den Kleinkinderbetreuungen intensiv auf mögliche Behinderungen zu achten und dies zu melden: Dadurch könnten Folgeschäden weitgehend vermieden werden.

Erschreckend seien die hohen Zahlen und die starke Zunahme bei den seelischen Behinderungen (Seite 6 des Berichts).

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man bei künftigen Berichten auf durchgängige Vergleichszahlen achten werde.

Herr **Goßner** ergänzt, dass man die Aufgabe übernommen habe; dabei habe man versucht, Vergleichszahlen aufzunehmen, aber leider seien diese für die Vergangenheit

nicht immer verfügbar. In späteren Berichten werde man dies berücksichtigen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er sich in den Gremien des Landeswohlfahrtsverbandes Baden (LWV Baden) für eine Aufgabenverlagerung auf die örtlichen Träger eingesetzt habe. Dort sei man näher „am Mann“ und könne die Probleme passgenauer lösen. Durch die Delegation nach unten habe man immerhin erreicht, dass die Zunahme der Fallzahlen und Kosten nicht so stark ausgefallen sei wie prognostiziert.

Kreisrätin **Kammerer** bedankt sich für den Bericht namens der Fraktion der Freien Wähler. Die Übernahme der Aufgabe sei ein Kraftakt gewesen, den man aber recht gut bewältigt habe. Sie erinnere daran, dass man bereits einen Teilhabeplan I erarbeitet habe, um steuernd eingreifen zu können. In diesem Zusammenhang wünsche sie sich einen Überblick darüber, welche Maßnahmen bereits umgesetzt seien und wo man ggf. nacharbeiten müsse.

Kreisrätin **Dr. Hofer** begrüßt den Bericht. Auf Seite 3 sei dargestellt, wie sich die Zahlen in den Jahren 2007 und 2008 entwickelt hätten; habe sich der erkennbare Trend in 2009 fortgesetzt oder ob und ggf. wo haben sich Verschiebungen ergeben?

Bei der Integration von Kindern und Jugendlichen seien 47 % stationär und 53 % ambulant versorgt worden. Durch die zunehmenden Kooperationen Sonderschulen/Grundschulen/allgemein bildende Schulen müsste sich diese Zahl zugunsten der ambulanten Versorgung geändert haben. Vergleichszahlen für die einzelnen Jahre seien aber nicht genannt, daher wünsche sie sich entsprechende Aufklärung.

Kreisrat **Dr. Hahn** wünscht sich mehr absolute Zahlen, mit Prozentangaben alleine könne man nicht viel anfangen (s. Seite 10). Die Zahl der Personen mit Behinderung, die stationär untergebracht seien, nehme ab 60 Jahre deutlich ab – dies müsse man im Altenpflegeplan berücksichtigen. Dort müsse man auch darauf achten, dass keine Doppelstrukturen aufgebaut werden, hier gebe es noch viel Arbeit.

Kreisrat **Friedrich** (MdB) bedankt sich für den Bericht. Viele Behinderungen seien erst im Laufe des Lebens entstanden, d. h., diese seien nicht von Geburt an vorhanden gewesen. Hier stelle sich die Frage, aus welchen Gründen und wann die Behinderungen entstanden seien, damit man ggf. präventiv tätig werden könne. Das „Persönliche Budget“ werde nur von 10 Personen genutzt – da eine Beratung offensichtlich nicht etabliert sei, könnten die Betroffenen nur schwerlich an die erforderlichen Informationen gelangen, obwohl es einen Rechtsanspruch gebe. Hier müsse man nacharbeiten, denn das „Persönliche Budget“ sei sehr sinnvoll, da es den Betroffenen zu einer größeren Autonomie ver helfe.

Kreisrätin **Happle-Lung** stellt fest, dass seelische Behinderungen durch Traumata entstünden. Für eine präventive Arbeit benötige man sowohl die Ursachen als auch die Altersgruppen. Im Übrigen sollte bei Vergleichen auch die jeweilige Personalausstattung genannt werden.

Bezüglich der Integration in Kindergärten/Schulen erbitte sie einen Bericht darüber, wie der weitere Weg der Betroffenen aussehe. Die Übertrittsquote Kindergarten-Grundschule sei ebenfalls von Interesse, offensichtlich seien die Schulen eher zurückhaltend bei solchen Kooperationen.

Kreisrat **Keck** bedankt sich ebenfalls für den Bericht und bestätigt, dass man sich auf dem richtigen Weg befinde. Erschreckend sei die hohe Zunahme der Fälle bei den seelischen Behinderungen. Daher sei insbesondere auf diesem Gebiet die Ursachenforschung sehr wichtig. Im Übrigen seien auf Seite 16 die Kosten/Empfänger und Einwohner aufgeführt, dies sollte künftig unterbleiben.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass diese statistischen Zahlen landesweit üblich seien.

Für Kreisrätin **Sargk** stellen sich die gleichen Fragen wie für die Vorredner, sie hoffe

daher auf eine Antwort. Im Übrigen habe der Kreistag den Auftrag zur Erstellung eines Plans für die seelisch Behinderten erteilt, wie weit sei man damit? Zur Unterbringung von Jugendlichen gebe es im Prinzip nur in Mühlhausen-Ehingen eine adäquate Möglichkeit, noch immer müssten über 100 Kinder außerhalb des Landkreises untergebracht werden, hier müsse man noch viel tun. Klar sei jedoch, dass auswärts Unterbrachte nicht gezwungen werden können, in den Landkreis zurück zu kehren.

Kreisrat **Dr. van der Goten** stellt fest, dass die Zahl der seelisch Behinderten allgemein zunehme. Dabei handle es sich um chronisch psychisch Kranke. Die Wartezeit für eine Behandlung liege bei ca. 2 – 3 Monaten.

Herr **Goßner** antwortet, dass die Handlungsempfehlungen des Teilhabeplans I zu einem hohen Prozentsatz umgesetzt worden seien; darüber habe man zuletzt in den Sitzungen am 11.09.2008 (Ausschuss) und am 20.10.2008 (Kreistag) berichtet. Die Einrichtung einer Beratungsstelle sei zwischenzeitlich ebenfalls erfolgt (TOP 5).

Fakt sei, dass die ursprünglich prognostizierte Fallzahlensteigerung um 10 % nicht eingetroffen sei; man habe es nicht zuletzt auch durch verschiedene Maßnahmen geschafft, die Steigerung auf ca. 4 % zu begrenzen. Jeder, der es wolle und geeignet sei, könne ein „Persönliches Budget“ beantragen. Die Information und Beratung erfolge schon heute durch das Fachamt. Im Übrigen gehe der Soziale Dienst von sich aus auf geeignete Personen zu und unterrichte diese über die Möglichkeit eines „Persönlichen Budgets“. Die Nachfrage sei allerdings sehr gering, letztlich gehe es auch um die erforderliche Assistenz.

Bei den Altersstrukturen im Behindertenbereich kenne man zwar den Trend, hier seien jedoch noch nähere Untersuchungen erforderlich, denn hier müsse man etwas tun.

Der Teilhabeplan II für psychisch Kranke werde demnächst in der Strukturkommission Eingliederungshilfe beraten. Man könne jedoch schon heute sagen, dass der Anteil der seelisch Behinderten dramatisch angestiegen sei und dass man von einer weiteren Steigerung der Fallzahlen ausgehen müsse. Zu diesem Zukunftsthema laufen nähere Untersuchungen, der Ursachenforschung seien jedoch Grenzen gesetzt.

Frau **Schönbucher** ergänzt, dass der Rückgang der Kinder in Integrationsmaßnahmen auch mit den jeweiligen Stichtagen für die Meldung zusammen hänge. Insgesamt gesehen sei die Zahl stabil. Auf jeden Fall unternehme man große Anstrengungen auf diesem Gebiet. Für die Zeit vor dem 31.12.2007 lägen ihr keine Zahlen vor.

Herr **Milles** teilt mit, dass die Zahl der behinderten Kinder deutlich zugenommen habe. Im Landkreis selbst gebe es wenige Plätze, die neue Schule in Mühlhausen-Ehingen sei voll belegt. Bei der Haldenwang-Schule in Singen habe die Schülerzahl um 20 % zugenommen, derzeit seien es 150 Kinder. Allerdings zahle sich dort der vorausschauende Ausbau der Schule aus. Wichtig sei in diesen Fällen eine möglichst wohnortnahe Betreuung durch Hilfskräfte vor Ort.

Der **Vorsitzende** verweist auf die bevorstehende Einweihung des Um- und Erweiterungsbaus der Regenbogen-Schule Konstanz. Insgesamt gesehen klappe die Integration im Landkreis schon recht gut, auch wenn weitere Angebote dazu kommen müssten. Den Bericht über die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen werde man fort-schreiben und zu gegebener Zeit berichten; dabei werde man die heute gemachten Anregungen – soweit möglich – berücksichtigen.

Beschluss

Entfällt.

Die Mitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

5. Einrichtung einer Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen

Herr **Goßner** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Dr. van der Goten** stellt fest, dass es sich um eine schwierige Materie handle; die Fraktion der CDU begrüße die Einrichtung sehr. Positiv sei, dass die Beratung in Konstanz und in Radolfzell angeboten werde.

Kreisrätin **Özdemir** hat sprachliche, gestalterische und inhaltliche Fragen:

- Die Beratung sollte auch in Stockach und in Singen erfolgen und zwei Tage im Monat seien zu wenig.
- Das Bild auf dem Flyer zeige eine Rollstuhlfahrerin; dies sei jedoch sehr einseitig, hier gehe es um ein wesentlich breiteres Spektrum. Daher solle man sich Alternativen für das Titelbild überlegen.
- Das Bild und der Begriff der „Anlaufstelle“ passen nicht zusammen; hier handle es sich nicht um eine Anlaufstelle, sondern um eine Beratungsstelle.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man die Annahme des Angebots beobachten werde; bei Bedarf werde man dieses ggf. weiter ausbauen. Im Übrigen gebe es auch die ehrenamtlichen Sprachmittler, die mit einbezogen werden könnten.

Kreisrat **Hettesheimer** will wissen, warum es das Angebot nur in Konstanz und in Radolfzell und nicht auch in Singen und Stockach gebe. Welchen Zeitraum habe man für die Probephase angesetzt? Danach sollte eine Erweiterung auf Singen und Stockach erfolgen.

Kreisrat **Dr. Hahn** begrüßt das neue Angebot. Was das Titelbild des Flyers angehe, solle man die Betroffenen fragen. Er frage sich, über welche Kanäle die Flyer verteilt werden sollen – erhalte man diese z. B. auch im Amt für Gesundheit und Versorgung? Gut wäre es, wenn das Amt den Flyer den entsprechenden Bescheiden beifügen würde.

Frau **Schönbucher** antwortet, dass der Flyer an alle Einrichtungen der Behindertenhilfe, die Kinderärzte, die Gemeinden und anderen Ärzte ausgeliefert werde. Darüber hinaus erhalte auch das erwähnte Amt eine ausreichende Anzahl.

Herr **Goßner** ergänzt, dass der Flyer mit Hilfe der Betroffenen erarbeitet worden sei.

Beschluss:

Entfällt.

Die Mitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

6. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

Beschluss:

Entfällt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:40 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Für den Ausschuss:

Dr. Michael van der Goten

Dr. Max Hahn

Christian Grams

Für das Protokoll:

Manfred Roth